

## Die deutschen Gewerkschaften nach dem Weltkriege.

Ein Vertreter der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Genosse Bauer-Berlin, hat kürzlich darüber referiert und dabei folgende Ausführungen gemacht : Die Arbeitslosigkeit, die in der ersten Zeit des Krieges einen sehr bedeutenden Umfang hatte, ist jetzt so weit zurückgegangen, dass in den meisten Berufen keine Arbeitslosigkeit mehr herrscht. Für die Unterstützung der Arbeitslosen haben die deutschen Gewerkschaften vom Beginn des Krieges bis 31. Juli 1915 insgesamt 21½ Millionen Mark ausgegeben. Ferner haben die Gewerkschaften die Familien der Kriegsteilnehmer mit 10½ Millionen Mark unterstützt.

Nach dem Kriege werden die Gewerkschaften gewaltige neue Aufgaben zu erfüllen haben. Zunächst haben wir nach dem Friedensschluss mit einer Übergangsperiode zu rechnen, die schwere Opfer von der Arbeiterklasse fordert. Unsere nächste neue Aufgabe wird dann die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten sein. Es besteht die Gefahr, dass sie zu Lohndrückern werden. Das muss durch geeignete Massnahmen verhindert werden. Das gewerkschaftliche und das allgemeine menschliche Interesse gebietet uns, für die Kriegsbeschädigten einzutreten. Wir haben von der Regierung verlangt, dass die Fürsorge durch die Organisation von Reichs wegen geregelt wird. Das ist inzwischen geschehen, wenn auch nicht in vollem Umfang unserer Forderungen. Die Fürsorgeorganisation ist halb staatlich, halb privat. Dass die Gewerkschaften bestrebt sind, dabei mitzuarbeiten, versteht sich von selbst. Ferner haben wir an die aus dem Kriege heimkehrenden Arbeiter zu denken. Da nach dem Kriege Millionen von Arbeitern ins Erwerbsleben zurückfluten, und die jetzt auf den Krieg zugeschnittene Industrie eine gewisse Zeit braucht, um sich wieder auf die Friedensarbeit einzurichten, wird zunächst eine Stockung im Wirtschaftsleben, und deshalb eine erhebliche Arbeitslosigkeit eintreten. Für diesen Fall sind wir bereits mit Forderungen an die Regierung herangetreten und werden ihr eingehende Vorschläge machen, wie die Not der Bevölkerung zu lindern ist.

Die jetzige Familienunterstützung wird beibehalten werden müssen. Auch die aus dem Heere Entlassenen werden während der Arbeitslosigkeit unterstützt werden müssen. Geschieht das nicht, dann könnten wir nach dem Kriege gefährlich zugespitzte Verhältnisse bekommen. Ich nehme an, dass man in Regierungskreisen das nötige Verständnis dafür haben wird. Wenn es Deutschland gelingt, einen ehrenvollen, halbwegs günstigen Frieden zu schliessen und unsere Gegner nicht die Möglichkeit haben, uns durch hohe Zölle vom Weltmarkt abzuschneiden, dann brauchen wir keine pessimistischen Befürchtungen zu hegen. Schon der gewaltige Inlandsmarkt, der sich nach dem Frieden wieder erschliesst, da ja jetzt nur für den Krieg produziert wird, kann reichlich Arbeit schaffen. Es wird auch der deutschen Industrie nicht schwerfallen, die alten Absatzgebiete wieder zu erobern. Dabei muss allerdings vorausgesetzt werden, dass auch Deutschland keinen Wirtschaftskrieg gegen die anderen Länder führt.

Es müssen günstige Handelsverträge abgeschlossen werden, die für alle die offene Türe sichern. Die wirtschaftliche Absperrung, für die man im Lager der Unternehmer eintritt, würde nur einzelnen Grossindustriellen Vorteil, der Masse des Volkes aber grosse Nachteile bringen. Die Gewerkschaften werden die Forderung stellen, dass ihre Vertreter beim Abschluss von Handelsverträgen in derselben Weise gehört werden, wie die Vertreter der Unternehmerorganisationen. Die Regierung wird zeigen müssen, dass sie mit gleichem Masse misst.

Die Ausgestaltung des Gewerkschaftsrechts soll, wie uns zugesagt wurde, nach dem Kriege erfolgen. Damit können wir einverstanden sein. Jetzt schon damit anzufangen, wäre nicht angängig. Nicht um das Lob der Regierung zu ernten, sondern im Interesse der Arbeiterklasse haben die Gewerkschaften ihre Tätigkeit während des Krieges entfaltet. 95 Prozent des deutschen Volkes gehören der Arbeiterklasse an. Wenn Deutschland von seinen Feinden niedergeworfen würde, dann wäre auch die Arbeiterklasse Deutschlands niedergeworfen. Wenn wir den Kampf gegen die unterdrückende Klasse führen, so tun wir das innerhalb unseres Landes und unserer Nation. Wir können den Kampf gegen den Kapitalismus nur dann zum siegreichen Ende führen, wenn wir eine freie Nation sind, aber nicht, wenn uns die Russen unterjocht hätten.

Wir werden abwarten, ob all die Wünsche und Hoffnungen, die man auf die Regierung setzt, in Erfüllung gehen. Vorläufig glauben wir noch nicht daran.